

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Mag. Bettina Emmerling, MSc (NEOS), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Safak Akcay (SPÖ), Nikolaus Kunrath (GRÜNE) und Mag. Berivan Aslan (GRÜNE) für den Gemeinderat am 22.02.2024, eingebracht im Zuge der Debatte zur Mitteilung des amtsführenden Stadtrats für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke.

Die Untersuchung und Maßnahmen gegen mutmaßliche Spionagetätigkeiten des Irans in Wien, insbesondere im Zusammenhang mit dem Imam-Ali-Zentrum

Das Imam-Ali-Zentrum in Wien steht unter Verdacht, eine operative Basis für die repressive Islamische Republik Iran zu sein und wird mit Spionageaktivitäten in Verbindung gebracht. Diese Sorge wird durch das breite und intensive Spektrum der transnationalen Repressionskampagne des iranischen Regimes gegen Dissident:innen und Journalist:innen, die als Terroristen gebrandmarkt werden, noch verstärkt.

Seit der Revolution 1979 führt das iranische Regime regelmäßig tödliche Angriffe auf Exilanten durch, wobei es in den letzten Jahren zu einer Wiederaufnahme dieser Praktiken in Europa und der Türkei gekommen ist. Eine weitere Taktik sind Verschleppungen, bei denen das Islamische Revolutionsgardekorps (IRGC) Operationen leitet, um Exilanten aus anderen Ländern zu entführen und sie zwangsweise nach Iran zurückzuführen.

Neben physischen Angriffen und Entführungen setzt das iranische Regime auf weitere Druckmittel gegen alle, die in Oppositionspolitik oder unabhängigen Journalismus involviert sind. Dies umfasst Drohungen, Spyware, Zwang durch Stellvertreter und Mobilitätskontrollen. Besonders beunruhigend ist die Taktik der Zwangsausübung durch Stellvertreter, bei der Familienmitglieder innerhalb des Irans bedroht oder inhaftiert werden, um Exilanten zum Schweigen zu bringen.

Diese Aktivitäten des iranischen Regimes stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit und das Wohlergehen der iranischen Diaspora in Wien und darüber hinaus dar. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass entsprechende

Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der betroffenen Gemeinschaften zu gewährleisten.

Es wird vermutet, dass das Imam-Ali-Zentrum als "Drehscheibe" für die repressive Islamische Republik Iran fungiert und möglicherweise direkt aus Teheran finanziert wird. Es gibt Anschuldigungen, dass führende Politiker aus dem Iran das Zentrum besuchen und es als Mittel zur Beeinflussung der iranischen Community in Österreich genutzt wird, möglicherweise auch für Spionagetätigkeiten.

Diese Bedenken werden durch die jüngsten Entwicklungen und das wachsende Bewusstsein für die globale Reichweite des iranischen Regimes verstärkt. Es gibt Berichte, die darauf hinweisen, dass das Imam-Ali-Zentrum über das Grundbuch von der Islamischen Republik Iran erworben wurde, was Fragen zur direkten Finanzierung und Kontrolle durch den iranischen Staat aufwirft. In der iranischen Diaspora in Wien wird das Zentrum als möglicher Dreh- und Angelpunkt für Unterstützer des iranischen Regimes und als Teil eines größeren Netzwerks von Aktivitäten betrachtet, die auf die Beeinflussung und Überwachung von Exil-Iraner:innen abzielen.

Angesichts dieser ernsthaften Bedenken ist es von entscheidender Bedeutung, dass die österreichischen Behörden diese Angelegenheit eingehend untersuchen und Maßnahmen ergreifen, um jegliche Aktivitäten zu unterbinden, die die Sicherheit und das Wohlergehen der in Wien lebenden Menschen gefährden könnten.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions)antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert den Bundesminister für Inneres dazu auf, eine eingehende Untersuchung der mutmaßlichen Spionagetätigkeiten des Irans in Wien, insbesondere im Zusammenhang mit dem Imam-Ali-Zentrum, durchzuführen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

21.02.2024